

Positionen der Parteien zu

## Bio-Lebensmitteln und Agro-Gentechnik

Sie essen gerne Bio-Lebensmittel, weil diese lecker und gesund sind und weil Öko-Landbau die umwelt- und tierfreundlichste Form der Landwirtschaft ist? Sie wollen sich auch in Zukunft ohne gentechnisch veränderte Lebensmittel ernähren?

Beurteilen Sie selbst, ob und welche Rahmenbedingungen die Parteien schaffen wollen, um den Öko-Landbau weiter auszudehnen, die Verfügbarkeit von Bio-Lebensmitteln zu verbessern und um sicherzustellen, dass es auch künftig gentechnikfreie Lebensmittel gibt. Wir haben die Aussagen der Parteien zu diesen Fragen für Sie zusammengestellt.

**Sie haben die Wahl !**

# Der Stellenwert des Ökologischen Landbaus

## Der Hintergrund

Der Ökologische Landbau ist die effizienteste Methode, um gesellschaftliche Ansprüche an die Landwirtschaft hinsichtlich Umwelt-, Natur- und Tiergerechtigkeit und an die Qualität von Lebensmitteln zu erfüllen. Gleichzeitig schafft er zusätzliche Arbeitsplätze – insbesondere im ländlichen Raum. Diese Aspekte sind wissenschaftlich belegt. Er kann deshalb Leitbildfunktion für die Entwicklung der gesamten Landwirtschaft übernehmen.

## Die Frage

Welches ist der Stellenwert, den Sie dem Ökologischen Landbau zumessen und welche Funktion soll er erfüllen?

<b>SPD</b>	Besonders nachhaltige und naturverträgliche Landbauform mit hoher Wertschätzung beim Verbraucher und großen Wertschöpfungspotenzialen. Fortgesetzt werden sollen ein Mix aus Angebots- und Nachfragepolitik sowie Maßnahmen zur Verbesserung von Markttransparenz und Verbraucherinformation mit den Schwerpunkten Verarbeitung, Handel und Forschung.
<b>CDU/CSU</b>	Die Ökologische Landwirtschaft wird durch einen verantwortungsbewussten Umgang mit Ressourcen den gesellschaftlichen Ansprüchen an die Landwirtschaft in besonderer Weise gerecht. Er ist eine besonders nachhaltige und kundenorientierte Form der Landbewirtschaftung und eine wichtige Einnahmequelle für die Landwirtschaft.
<b>Bündnis 90 / Die Grünen</b>	Wichtige Vorbildfunktion für die Agrarwende als besonders umwelt- und tiergerechte Produktionsform und Vorreiter nachhaltiger Entwicklung. Der Ökologische Landbau verbindet die ökologische Produktion mit Marktorientierung, schafft Arbeitsplätze, erzielt Wertschöpfung im ländlichen Raum und er erhält die Kulturlandschaft und die Artenvielfalt.
<b>FDP</b>	Der Ökologische Landbau hat in vielen Bereichen eine Vorreiterrolle für die Entwicklung tiergerechter und umweltschonender Bewirtschaftung übernommen. Diesen Stellenwert kann aber alleine der Verbraucher durch sein Kaufverhalten honorieren. Die FDP will dem Ökolandbau keine Knüppel in den Weg legen, ihn aber nicht gegenüber dem konventionellen Anbau bevorzugen.
<b>Die Linke.PDS</b>	Besonders umweltverträgliche und ressourcenschonende Landbauform mit positiven Beschäftigungseffekten. Vorrangige Entwicklung des Ökolandbaus soll fortgesetzt werden bei gleichzeitigem Ausbau des integrierten Anbaus, um eine Ökologisierung der gesamten Landwirtschaft zu erreichen.

## Die Beurteilung

Der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft begrüßt, dass alle Parteien den Ökologischen Landbau als die umweltfreundlichste und tiergerechteste Form der Landwirtschaft anerkennen. Bedauerlich ist jedoch, dass ausschließlich Bündnis 90 / Die Grünen aus dieser Erkenntnis die Konsequenz ziehen, dem Ökolandbau eine Vorbildfunktion für die gesamte Landwirtschaft zuzumessen. Bedenklich ist, dass die FDP die Art und Weise des Umgangs mit Ressourcen und Tieren allein dem Markt überlassen will.

## Die Forderung

Der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft fordert den weiteren Umbau der gesamten Landwirtschaft hin zu einer umweltverträglichen, tiergerechten, wirtschaftsstarken und sozialen Landwirtschaft konsequent voran zu treiben. Für eine solche nachhaltige Landwirtschaft ist der Ökologische Landbau das Leitbild.

# Die Förderung der Ökologischen Lebensmittelwirtschaft

## Der Hintergrund

Die Ökologische Lebensmittelwirtschaft sieht sich aufgrund ihrer geringen Größe strukturellen Hemmnissen gegenüber, die ihre Ausweitung behindern. Auch bestehen erhebliche Defizite an Forschung und Entwicklung zu ihren spezifischen Fragestellungen.

## Die Frage

Werden Sie Mittel aus dem Haushalt des Bundes in die Entwicklung der Ökologischen Lebensmittelwirtschaft investieren und welche Maßnahmen werden Sie umsetzen?

<b>SPD</b>	2006 20 Mio. für Bundesprogramm Ökologischer Landbau. Umstellungs- und Beibehaltungsförderung im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik von EU, Bund und Ländern.
<b>CDU/CSU</b>	Fortführung der Förderung, aber stärkere Bündelung. Anpassung des Bio-Siegels an die Standards der deutschen Anbauverbände.
<b>Bündnis 90 / Die Grünen</b>	Fortführung des Bundesprogramms Ökologischer Landbau. Umstellungs- und Beibehaltungsförderung im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik von EU, Bund und Ländern.
<b>FDP</b>	Keine Finanzierung von Programmen für die Ökologische Lebensmittelwirtschaft.
<b>Die Linke.PDS</b>	Keine Budgeterhöhung der gemeinsamen Agrarpolitik von EU, Bund und Ländern, aber durch Mittelum-schichtung stärkere Förderung der Logistik, Vermarktungsstrukturen, Ausbildung, Beratung und Forschung für die Ökologische Lebensmittelwirtschaft.

## Die Beurteilung

Der BÖLW begrüßt, dass bis auf die FDP, alle Parteien die Förderung des Ökologischen Landbaus fortführen wollen. Allerdings sehen die Parteien keine zusätzliche Förderung der Ökologischen Lebensmittelwirtschaft vor, obwohl zahlreiche Studien belegen, dass für eine weitere Ausdehnung der Ökologischen Lebensmittelwirtschaft eine stärkere Förderung von Ausbildung, Beratung, Information und Forschung notwendig und sinnvoll ist. Lediglich die Linke.PDS möchte durch Mittelum-schichtungen den Förderanteil für die Ökologische Lebensmittelwirtschaft erhöhen. Besonders kritisch ist die Haltung der FDP zu beurteilen, die völlig verkennt, dass die Landwirtschaft Leistungen für die Gesellschaft erbringt, für die sie honoriert wird und es deshalb Aufgabe der Politik ist, diese Förderung auch inhaltlich zu gestalten.

## Die Forderung

Da der Ökolandbau den Anforderungen der Gesellschaft besonders entspricht und er in besonderer Weise Umweltleistungen erbringt, ist es sinnvoll, die Förderpolitik so zu gestalten, dass sie zu einer weiteren Ausdehnung des Ökologischen Landbaus führt. Dies ist die volkswirtschaftlich effektivste Methode zur Erreichung agrar- und umweltpolitischer Ziele. Die Instrumente dürfen jedoch nicht einseitig auf die Angebotsseite gerichtet werden. Eine deutliche Erhöhung des Fördermittelanteils für die Ökologische Lebensmittelwirtschaft ist deshalb vor allem für die Bereiche Information, Bildung, Beratung und Forschung notwendig. Der BÖLW fordert, dass mindestens 10% der öffentlichen Mittel für Agrarforschung für die Forschung zur Ökologischen Lebensmittelwirtschaft zur Verfügung gestellt werden.

# Die EU-Agrarpolitik und die Ökologische Lebensmittelwirtschaft

## Der Hintergrund

Derzeit wird in der Europäischen Union kontrovers diskutiert, an welcher Stelle Kürzungen im Agrarbereich ansetzen müssten: In der „1. Säule“, wo Zahlungen ausschließlich an die Fortführung einer Minimal-Bewirtschaftung unter Bedingungen guter fachlicher Praxis geknüpft sind oder in der „2. Säule“, aus der Gegenleistungen der Landwirte etwa in Natur- und Umweltschutz oder durch Ökologischen Landbau entgolten werden.

## Die Frage

An welcher Stelle sollte nach Ihren Vorstellungen mit Kürzungen (z.B. im Zusammenhang mit einer Erweiterung der EU) angesetzt werden?

<b>SPD</b>	Keine Kürzung der Mittel für den ländlichen Raum im Rahmen der von der SPD vertretenen Beschränkung des EU-Haushalts. Die finanzielle Ausstattung der zweiten Säule muss stabil gehalten werden.
<b>CDU/CSU</b>	Keine Kürzungen bis 2013, danach allenfalls Kürzungen bei allen Mitteln für den ländlichen Raum. Um dann die Mittel der 2. Säule zu erhalten, sollte eine verstärkte nationale Kofinanzierung verhandelt werden.
<b>Bündnis 90 / Die Grünen</b>	Langfristig Umschichtung der Mittel für die Ausgleichszahlungen (1. Säule) in die ländliche Wirtschaftsentwicklung (2. Säule), da für die Entwicklung des ländlichen Raums mehr Mittel für Bildung, Infrastruktur, Lebensmittelmärkte und Energieerzeugung notwendig sind.
<b>FDP</b>	Keine Kürzung der 1. Säule bis 2013. Sollten Kürzungen zwingend erforderlich sein, müssten diese in der 2. Säule vorgenommen werden.
<b>Die Linke.PDS</b>	Keine Kürzung der Mittel. Wenn Kürzung der ersten Säule, muss diese durch eine verlässliche nationale Gegenfinanzierung aufgefangen werden. Mit den durch die Kürzung der 1. Säule frei gewordenen Mitteln müsste die zweite Säule gestärkt werden.

## Die Beurteilung

Bis 2013 wollen sich alle Parteien gegen Kürzungen im Agrarhaushalt der EU einsetzen. Selbst die SPD, die den EU-Haushalt begrenzen möchte, spricht sich dagegen aus, dass dies zu Lasten des Agraretats geht. Während sich Bündnis 90 / Die Grünen und die Linke.PDS langfristig für eine Stärkung der zweiten Säule aussprechen, wollen SPD und CDU/CSU diese lediglich stabil halten. Die FDP hingegen will – wenn nötig – Kürzungen in der zweiten Säule vornehmen. Bei einem ohnehin geringen Anteil des Etats der 2. Säule am gesamten Agrarhaushalt und einer Agrarpolitik, die von der Produktionsförderung hin zu einer direkten Einkommensübertragung umgebaut wird, verfolgen damit nur die Grünen und die Linke.PDS das sinnvolle Ziel, diese Mittel mehr und mehr an ökologische und soziale Kriterien zu knüpfen, indem die Mittel von der 1. in die 2. Säule umgeschichtet werden.

## Die Forderung

Der BÖLW fordert keine Kürzungen an der 2. Säule vorzunehmen, eventuelle Mittelreduzierungen des Agrarhaushaltes durch nationale Kofinanzierungen der 1. Säule auszugleichen und alle Möglichkeiten auszuschöpfen, Mittel aus der ersten Säule in die zweite Säule des EU-Agrarhaushalts umzuschichten.

# Der Ökologische Landbau im nationalen Strategieplan

## Der Hintergrund

Zur Umsetzung der EU-Agrarpolitik sind in den Mitgliedsstaaten nationale Strategiepläne zu erstellen, auf denen die regionalen Entwicklungspläne fußen. Hier werden Prioritäten für den Einsatz der Mittel aus der 2. Säule zu setzen sein.

## Die Frage

Sind Sie dafür, im deutschen Strategieplan für die gemeinsame Agrarpolitik von EU, Bund und Ländern, die Umstellungs- und Beibehaltungsförderung für den Ökologischen Landbau zu verankern?

<b>SPD</b>	Ja.
<b>CDU/CSU</b>	Zurückfahren dieser angebotsfördernden Programme, da sie das Marktgleichgewicht gestört, den Wettbewerb verzerrt und zu Überangeboten und Preisverfall geführt haben.
<b>Bündnis 90 / Die Grünen</b>	Ja, es ist richtig diese Maßnahmen im Strategieplan zu verankern, denn der Ökologische Landbau erbringt die mit der gemeinsamen Agrarpolitik geförderten Umweltleistungen in besonders effizienter Weise.
<b>FDP</b>	Die FDP setzt sich für eine Kulturlandschaftprämie ein, die Landwirte für ihre Leistungen zur Pflege und Erhaltung unserer Kulturlandschaft erhalten und von der der Ökologische Landbau besonders profitieren würde. Im Gegenzug entfallen schrittweise die bisherigen bürokratischen Marktregulierungen.
<b>Die Linke.PDS</b>	Weiterführung der Umstellungs- und Beibehaltungsförderung. Die Umstellungsförderung ist notwendig, da in der Umstellungszeit die Erzeugnisse noch nicht als Öko-Produkte verkauft werden können, aber bereits höhere Produktionskosten anfallen.

## Die Beurteilung

Die CDU/CSU und die FDP möchten die Umstellungs- und Beibehaltungsförderung zurückfahren oder abschaffen. Die CDU/CSU macht keine Angaben wie die Förderung für den Ökologischen Landbau – denn diese möchte sie aufrechterhalten – stattdessen aussehen soll. Auch im Wahlprogramm der FDP finden sich keine Aussagen dazu, wie sie das geplante Kulturlandschaftsprogramm gestalten möchte und in welcher Weise der Ökologische Landbau davon besonders profitiert. Insofern bleiben die Aussagen dieser Parteien zu dieser Frage unkonkret oder ausweichend. Es wird verkannt, dass die Umstellungsförderung keine Angebotsförderung ist, sondern lediglich Einkommensausfälle ausgleicht, die entstehen, weil die Produkte in der Umstellungszeit konventionell zu niedrigeren Preisen verkauft werden müssen, während die Produktionskosten bereits höher sind.

## Die Forderung

Der BÖLW fordert, der besonderen Bedeutung des Ökologischen Landbaus für eine nachhaltige Landwirtschaft gerecht zu werden und ihn im nationalen Strategieplan so zu verankern, dass er seine Leitbildfunktion entfalten kann. Dazu sind auch die Umstellungs- und Beibehaltungsförderung im Strategieplan festzuschreiben. Es sollte jedoch darauf hingewirkt werden, dass auf nationaler wie auf europäischer Ebene Vergleichbarkeit der Prämien hergestellt wird, um Wettbewerbsverzerrungen abzubauen.

# Agro-Gentechnik-freie Lebensmittel

## Der Hintergrund

Es ist ein Spezifikum der Anwendung von Gentechnik in der Landwirtschaft, dass durch Pollenflug und viele andere Verbreitungswege gentechnisch veränderte Organismen auch dort auftreten können, wo Organismen ohne gentechnische Veränderung erzeugt werden sollen.

## Die Frage

Betrachten Sie es als eine Aufgabe des Staates sicherzustellen, dass auf Dauer (also nicht nur für den begrenzten Zeitraum von ein paar Jahren) Pflanzen und Tiere – und daraus Lebensmittel – ohne gentechnische Veränderungen erzeugt werden können? Wenn ja, wie wollen Sie dies sicherstellen?

<b>SPD</b>	Der Staat stellt durch das geltende Gentechnikgesetz mit strengen Haftungs- und Anwendungsregeln die Koexistenz sicher. An diesem Gesetz wird die SPD festhalten. Sie setzt sich für eine Kennzeichnung von Saatgut, das Gentechnikspuren enthält, ab der Nachweisgrenze ein, damit Landwirte bewusst zwischen gentechnisch verändertem und gentechnikfreiem Saatgut entscheiden können. Die SPD setzt sich für eine Ausweitung der Kennzeichnungspflicht auf tierische Produkte ein.
<b>CDU/CSU</b>	Die CDU sieht bei den zugelassenen Sorten kein besonderes Problem der Auskreuzung. Dennoch soll zu dieser Frage langfristige Begleitforschung in Zusammenarbeit mit den Ländern und privaten Unternehmen durchgeführt werden. Das Gentechnikgesetz stellt die Feldforschung jedoch auf eine unsichere Rechtsgrundlage, weshalb ein großflächiger Erprobungsanbau in der Praxis verhindert wird.
<b>Bündnis 90 / Die Grünen</b>	Der dauerhafte Schutz gentechnikfreier Produktion hat höchste Priorität. Eine Technologie, von der Verbraucher nichts haben und die sie nicht wollen, darf nicht die gentechnikfreie Landwirtschaft zerstören, Arbeitsplätze vernichten und Landwirte zwingen teures und patentgeschütztes Saatgut kaufen zu müssen. Kennzeichnungslücken bei Tierprodukten müssen geschlossen und Rechtssicherheit für gentechnikfreie Regionen geschaffen werden. Das geltende nationale Gentechnikgesetz bietet im Rahmen der EU-Rechtsprechung maximal möglichen Schutz und darf nicht verwässert werden.
<b>FDP</b>	Die FDP sieht vielfältige Potenziale in der Agro-Gentechnik und setzt sich für deren Nutzung ein. Über die Einführung der Agro-Gentechnik entscheidet der Markt. Bleibt ein Markt für gentechnikfreie Produkte bestehen, muss dieser entsprechend bedient werden können. Das bestehende Gentechnikgesetz schränkt die Agro-Gentechnik über Gebühr ein und ist innovationsfeindlich. Es soll daher grundlegend überarbeitet werden. Um die Diskussion zu versachlichen sind wissenschaftliche Untersuchungen zum Pollenflug durchzuführen.
<b>Die Linke.PDS</b>	Die Agro-Gentechnik ist unter den Aspekten Schutz und Wahlfreiheit für Verbraucher und Landwirte und Schutz der biologischen Vielfalt weder notwendig noch wünschenswert. Sie ist eine typische Risikotechnologie, deren Wirkungen sich erst mittel- und langfristig zeigen. Es muss sichergestellt werden, dass tierische und pflanzliche Lebensmittel ohne Gentechnik erzeugt werden. Deshalb sind die biotechnische Sicherheits- und Begleitforschung, die Grundlagenforschung zum Ausschluss von Risiken und die traditionelle Züchtungsforschung auszuweiten. Die Kennzeichnungspflicht soll auch für tierische Produkte eingeführt werden.

## Die Beurteilung

Sowohl FDP als auch Union sehen darüber hinweg, dass sich tatsächlich eine Existenzbedrohung der gentechnikfreien Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion ergibt, wenn GVO großflächig zum Anbau kommen. Sie erkennen mit der Auskreuzung durch Pollenflug nur einen Teil der Vermischungsgefahren. Dem Schutz des gentechnikfreien Anbaus räumen sie keine Priorität vor den Interessen der Gentechnik-Industrie ein. Der BÖLW begrüßt die Forderung der SPD, die Grenzwerte für die Saatgutkennzeichnung an der Nachweisgrenze festzulegen.

## Die Forderung

Der BÖLW fordert, den Schutz der gentechnikfreien Produktion im Gentechnikgesetz nicht zu verwässern. Deutschland muss sich in Brüssel für eine Saatgutkennzeichnung an der Nachweisgrenze einsetzen.

# Das Verursacherprinzip bei der Anwendung von Agro-Gentechnik

## Der Hintergrund

Die Trennung landwirtschaftlicher Produktion mit und ohne Gentechnik („Koexistenz“) verursacht schon heute einen hohen Aufwand. Es besteht das Risiko, dass sie nicht gelingt und dadurch wirtschaftliche Schäden bei den Nicht-Anwendern der Agro-Gentechnik verursacht werden.

## Die Frage

Wie wollen Sie sicherstellen, dass dieses Risiko von seinen Verursachern – den Inverkehrbringern und Anwendern der Agro-Gentechnik – so vollständig getragen wird, dass kein ungedecktes Risiko zu Lasten der Nicht-Anwender verbleibt? Wie wollen Sie verhindern, dass die Kosten der „Koexistenz“ die Produkte ohne Gentechnik verteuern, anstatt von denen getragen zu werden, die sie verursachen?

<b>SPD</b>	Das Gentechnikgesetz folgt dem Verursacherprinzip: Die Sicherheitsauflagen und der Ausgleich von Schadensfällen, die dem gentechnikfreien Anbau durch Gentechnikeinträge entstehen, muss von den Anwendern getragen werden. Kosten für getrennte Warenströme und Analysen zur Qualitätssicherung lassen sich nicht ausschließen. Ob und in welcher Höhe sie entstehen, hängt stark vom Kaufverhalten des Verbrauchers ab.
<b>CDU/CSU</b>	Durch die Anwendung von Agro-Gentechnik entstehen für die Nicht-Anwender keine Mehrkosten. Ein Verschulden für Schäden, die durch die Anwendung von Gentechnik entstehen, liegt nur vor, wenn die Verwendungsvorschriften nicht eingehalten wurden. Für Fälle, in denen es dennoch zu Schäden kommt, lehnt die Union die verschuldensunabhängige Haftung ab. Für diese Fälle will Sie einen Haftungsfonds einrichten, der von allen Betroffenen, einschließlich den Öko-Landwirten, getragen wird.
<b>Bündnis 90 / Die Grünen</b>	Indem die geltende verschuldensunabhängige und gesamtschuldnerische Haftung gegen jeden Versuch verteidigt wird, die Schäden entgegen des Verursacherprinzips der Allgemeinheit oder gar den gentechnikfrei wirtschaftenden Landwirten aufzubürden. Rechtlich gibt es keine Möglichkeit, dass Koexistenz-Kosten in gentechnikfrei arbeitenden Unternehmen von den GVO-Anwendern übernommen werden müssen. Diese Kosten können nur niedrig gehalten werden, wenn die Verbraucher keine Gentechnikprodukte kaufen.
<b>FDP</b>	Die Zulassungsverfahren für gentechnisch veränderte Pflanzen sichern die Unbedenklichkeit der aus ihnen hergestellten Nahrungs- und Futtermittel. Ihr Anbau bedeutet keine durch das Züchtungsverfahren bedingte Belastung der Umwelt. Das Gentechnikrecht blockiert die Agro-Gentechnik in Deutschland. Dies gilt vorrangig für die Haftungsregelungen und das unbeabsichtigte Inverkehrbringen von genetisch veränderten Pflanzen.
<b>Die Linke.PDS</b>	Kennzeichnungsschwellen für Lebensmittel und Saatgut, das gentechnische Verunreinigungen enthält, bis an die Nachweisgrenze. Einrichten eines Fonds, der von den Konzernen, die gentechnisch veränderte Pflanzen vertreiben, finanziert wird. Damit soll der Anbau von nicht koexistenzfähigen Pflanzen verhindert und die Mehrkosten der gentechnikfreien Produktion ausgeglichen werden. Schaffung von gentechnikfreien Regionen.

## Die Beurteilung

Die Einschätzung der Union, aus der Anwendung der Agro-Gentechnik entstünden Nichtanwendern keine Mehrkosten, widerspricht jeder Erfahrung. Die Absicht, auch Ökolandwirte an der Haftung für Schäden über einen Fonds zu beteiligen, kann nur als völlig abwegig bezeichnet werden. Demgegenüber ist Bündnis 90 /Die Grünen, Die Linke.PDS und der SPD beizupflichten, die auf die Einhaltung des Verursacherprinzips bestehen. Der BÖLW lehnt die Haltung der FDP ab, die keinen Anlass sieht, die Wahlfreiheit von Verbrauchern und Landwirten und die Unversehrtheit der Biodiversität besonders zu schützen, sondern dem Vordringen der Agro-Gentechnik in Deutschland den Vorrang einräumt.

## Die Forderung

Der BÖLW fordert aufbauend auf dem geltenden Gentechnikrecht sicherzustellen, dass sowohl Aufwand und Kosten für den Schutz gentechnikfreier Landwirtschaft als auch die Haftung für wirtschaftliche Schäden, die dieser durch die GVO-Anwender entstehen, den Verursachern zugeordnet werden: denjenigen, die durch Agro-Gentechnik wirtschaftliche Vorteile erzielen wollen.

**BÖLW**

Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft

**Marienstr. 19-20  
10117 Berlin**

**Telefon 030 . 28482 300  
Telefax 030 . 28482 309**

**info@boelw.de  
www.boelw.de**

**Sie haben die Wahl !**